

Mit Christine Tönigke, Frankenberger im Studio, guten Abend.

Bilder einer Explosion bei einer Klinik in Gaza gehen um die Welt, vor allem arabische Länder geben Israel die Schuld.

US-Präsident Biden macht militante Palästinenser verantwortlich.

Nach dem Besuch des US-Präsidenten in Israel wird es nun doch Hilfslieferungen aus Ägypten in den Gaserstreifen geben.

Österreich erhöht die Terrorbahnung auf die zweithöchste Stufe.

Eine akute Bedrohung bestehe aber nicht.

Im Prozess gegen Ex-Kanzler Sebastian Kurz wegen Falschaussage hat die Verteidigung einen Freispruch beantragt.

Für die ebenfalls angeklagte ehemalige Casinoschefin Bediener Klatz Kremsner gibt es eine Diversion.

Beim heute vorgestellten Budgetvorschlag für 2024 vermissen Experten Strukturreformen und die Inflation lässt im September deutlich nach und sinkt auf 6 Prozent.

Die Wetterprognose hat Jörg Stibor.

Am Abend und heute Nacht bleibt es größtenteils trocken.

Ein bisschen regnen kann es zwar für Einzelding vor Adelberg, so wie generell in den Grenzregionen zu Deutschland.

Montonostag dann sehr unterschiedlich.

Am Tirol an Salzburg alten Hauptkam in Ostion und Kärnten immer häufiger dichte Wolken und Stellenweise etwas Regen.

Sonst teilweise recht sonnig, aber auch einige Wolkenfelder und in manchen Regionen schon ziemlich sehr hochnebel.

In den Alpen und auch im Burgenland lebhafter bis kräftiger teils vöniger Südwind und meist 14 bis 22 Grad.

US-Präsident Joe Biden ist heute zu einem Solidaritätsbesuch in Israel eingetroffen.

Bei dem Treffen mit dem israelischen Regierungschef zeigte sich beiden bestürzt über den gestrigen Raketeneinschlag auf dem Spitalsarial im Gaserstreifen, bei dem laut Angaben der Hamas 471 Menschen getötet worden sind.

Zugleich schloss sich beiden der israelischen Darstellung an, wonach kein Luftschlag, sondern eine fehlgeleitete Rakete von palästinensischen Extremisten für die Explosion verantwortlich war.

Er sei zutiefst bestürzt und empört.

Über die gestrige Explosion in dem Spital, sagt US-Präsident Biden beim Treffen mit dem israelischen Regierungschef in Tel Aviv.

Nach allem, was er bisher gesehen und vom US-Verteidigungsministerium gehört habe, sei aber die andere Seite dafür verantwortlich.

Der US-Präsident schließt sich damit der Darstellung der israelischen Ermee an, die eine fehlgeleitete Rakete, der im Gaserstreifen operierenden Terrorgruppe islamischer Jihad für die Explosion verantwortlich macht.

Es gebe keine typischen Zerstörungen an umliegenden Gebäuden und keinen Krater wie bei einem israelischen Luftangriff, erklärt Armee-Sprecher Daniel Hagari.

Israel veröffentlicht zudem ein abgehörtes Telefongespräch, bei dem sich zwei Hamas-Mitglieder über die Fehlfunktion einer Palästinenser Rakete unterhalten sollen.

Die Echtheit der Aufnahme lässt sich freilich nicht verifizieren.

Für die diplomatischen Bemühungen des US-Präsidenten kommt die Spitals-Tragödie zur Umzeit. Sein geplantes Treffen mit Palästinenser Präsident Abbas und der ägyptischen sowie der jordanischen

Führung in Amman fällt aus.

Biden kann immerhin neue Hilfsgelder in der Höhe von 100 Millionen Dollar für die Palästinense investjordanland um den Gaser zu sagen.

Zudem verkündet er eine Einigung, die die Lieferung von humanitären Gütern aus Ägypten in den Gaserstreifen ermöglichen soll.

Berichtet aus Israel, David Krieglieder.

Die Ereignisse bei dem Spital in Gaza sorgen in der gesamten islamischen Welt für Proteste.

Sie macht Israel geschlossen für den Raketenbeschuss im Gaserstreifen verantwortlich.

Vor allem der Iran versucht, den Vorfall zur Mobilisierung gegen Israel zu verwenden.

Bei Demonstrationen im Libanon ist es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen.

Flaschen und Steine fliegen gegen die amerikanische Botschaft in Beirut, die Demonstranten schwingen

palästinensische Fahnen, bis die Polizei sie mit Wasserwerfern und Tränengas vertreibt.

Ein Bild, das heute so oder so ähnlich in fast allen islamischen Ländern zu finden ist.

Doch während die arabische Straße wütend demonstriert, sind die Politiker zurückhaltender auch die libanesischen.

Ausminister Abdullah Buhabib warnt, die ganze Region könne in Flammen aufgehen, wenn die Aggression weitergehe.

Kein Kommentar hingegen zu den Vorfällen beim Spital in Gaza.

Anders ist es in Iran.

Auch hier gibt es Demonstrationen und Kundgebungen.

Die Angriffe müssten sofort aufhören, warnt Revolutionsführer Ali Kamehne und die iranische Diplomatie versucht, die Vorfälle zu nutzen.

Alle 57 Mitgliedsstaaten der Organisation der islamischen Staaten sollten ein Öl-Embargo verhängen und die israelischen Botschafter ausweisen, also die, in denen es überhaupt welche gibt.

Die Organisation Öl-Exportierender Staaten OPEC hat diesen Forderungen eine Absage erteilt. Die internationale Versorgungssicherheit sei wichtiger, heißt es aus den arabischen Golfstaaten.

Von dort kommt auch eine weitere Botschaft.

Es sei höchste Zeit für einen Waffenstillstand.

Und wegen der jüngsten Eskalation in der Ostkonflikt und des Terroranschlags in Brüssel sehen die Sicherheitsbehörden auch in Österreich eine konkrete Gefährdungslage.

Wie Innenminister Kana und Verteidigungsministerin Tana heute mitgeteilt haben, wird die Terrorwarnung

Auen gehoben auf die zweithöchste Stufe.

Eine akute Bedrohung bestehe aber nicht, berichtet Katja Tofer.

Wir alle sehen die Bilder von einem Krankenhaus in Gaza, sagt Verteidigungsministerin Tana.

Unabhängig vom Hergang führen diese Bilder dazu, dass die Spannungen zu spüren sind, nicht nur in Österreich, sondern weltweit, unter die Menschen in den unterschiedlichen

Ländern durchaus hoch emotionalisiert sind.

Und nicht zuletzt deshalb habe die aktuelle Lageeinschätzung ergeben, so in einem Minister Kana.

Dass mit jetzt die Warnstufe erhöht wird, nämlich auf die Warnstufe hoch.

Das ist die vierte von insgesamt fünf Warnstufen.

Aber, sagt Staatsschutzchef Heidschary Pirchner.

Für Österreich gibt es derzeit keine konkrete Anschlagplanung, das ist mir wichtig zu betonen.

Die Entwicklungen könnten aber zu einer weiteren Radikalisierung von Gefährdern, die bereits im Land sind, führen.

Mit erhöhten Warnstufe wird etwa mehr Präsenz für jüdischen Einrichtungen gezeigt, auch durch mehr Bundesheersoldaten als bisher.

Weiter in die Ukraine, wo die Regierung Washington lange um bessere Waffen gebeten hat, zuletzt sind Panzer und neue Raketen eingetroffen.

Letztere, sogenannte ATACAMS-Raketen wurden zugleich eingesetzt und sie haben gestern zwei Flugplätze in den von Russland besetzten Gebieten schwer beschädigt.

Putin bezeichnet die Lieferung heute als Fehler.

Christian Leninger informiert.

Auch wenn bereits inoffiziell bekannt war, dass die USA ihren Widerstand gegen die Lieferung von ATACAMS an die Ukraine letztlich aufgegeben hatten, die ersten Raketen wurden heimlich in die Ukraine gebracht.

Und so war ihr Einsatz und die Zerstörung laut ukrainischen Angaben von neuen Hubschraubern, eines Munitionslages und eines Luftabwehrsystems auf Flugfällen in der Nähe der russisch besetzten

Städte Berdiansk und Luchansk für Moskau doch eine Überraschung.

Das ist eine zusätzliche Bedrohung.

So heute die erste Reaktion des russischen Präsidenten Vladimir Putin, eine Bedrohung aber, die Russland abwehren könne.

Es verlängert nur den Todeskampf der Ukraine, gibt sich Putin weiter Siegesgewiss.

Das ATACAMS-Modell, das die Ukraine nun erhalten hat, hat eine Reichweite von 160 Kilometern.

Im Gegensatz zu den ebenfalls weitreichenden britischen Storm-Shadow-Marsch-Flugkappern, die die Ukraine ja schon länger verwendet, werden die ATACAMS aber von Boden und nicht von Flugzeugen gestartet.

Für die Ukraine ist das einfacher und sicherer.

Allzu viele der 1,5 Millionen Dollar teuren Raketen hat die Ukraine vorerst aber nicht bekommen laut einem Bericht der New York Times gar nur 20 Stück.

Trotzdem, der ukrainische Präsident Vladimir Zelensky zeigt sich hoch zufrieden.

Danke allen, die der Ukraine helfen und speziell den USA, die ATACAMS haben sich schon bewährt.

Russische Munitionslager, Nachschubwege, Kommando zentralen, weit hinter der Front, all das plant die Ukraine mit den neuen Raketen nun anzugreifen.

Und Russlands Präsident Vladimir Putin war der prominenteste Gast beim zu Ende gehenden Seidenstraßen-Gipfeltreffen in Peking.

China-Staatschef Xi hat das Projekt vor zehn Jahren ins Leben gerufen und das Land steckte bislang fast eine Billion US-Dollar in Projekte weltweit, etwa in Straßen, Eisenbahnlinien und Seehefen.

Trotz schwerer internationaler Konflikte und Spannungen zwischen den großen Volkswirtschaften sieht China die neue Seidenstraße auf Erfolgskurs aus Peking, Josef Dollinger.

Es ist ein Geben und Nehmen auch in der Weltpolitik.

China gibt Vladimir Putin Aufmerksamkeit auf großer Bühne, dafür nimmt man gerne Lob und Dank aus Russland.

Xi Jinping sei ein wahrer Freund, sagte Putin beinahe unterwürfig, in einem Vier-Augengespräch wurde die tiefe Partnerschaft Chinas mit Russland noch einmal bekräftigt.

In seiner Begrüßungsrede zog Xi Jinping zu Friedenbilanz über die ersten zehn Jahre der neuen Seidenstraße und warnte zugleich die westlichen Staaten.

Ideologische Konfrontation, geopolitische Rivalität und Blockpolitik komme für China nicht in Frage, sagte Xi Jinping.

Außerdem stelle er sich gegen einseitige Sanktionen, wirtschaftlichen Zwang und Unterbrechungen der Lieferkette.

Vladimir Putin wiederum durfte danach für sein neues Projekt werben.

Was für China die neue Seidenstraße ist, soll für Putin die Seeroute im nördlichen Eis mehr sein.

Interessierte Staaten sollen sich an der Entwicklung dieser neuen Handelsroute beteiligen, schlägt Putin vor, Eisbrecher und Navigation könne Russland schon demnächst bereitstellen.

Die Krise im nahen Osten erwähnten in ihren Reden, weder Xi Jinping noch Vladimir Putin.

Im Prozess gegen den ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz und zwei weitere Beschuldigte wegen Falschaussage vor dem Ibiza-U-Ausschuss ist es vor Kurzem zu einer ersten Entscheidung gekommen.

Im Fall der ehemaligen Casino-Chefin und einstigen ÖVP-Witze-Opfrau Bettina Glatz-Kremsner kommt es zu einer Diversion.

Neben Kurz steht auch dessen Ex-Kabinettschef Bernhard Bonelli vor Gericht, beide beantragten einen Freispruch.

Aus dem Straflandesgericht berichtet ihnen Bernd Kuschu.

Es war ein kurzer Prozess für Bettina Glatz-Kremsner.

Sie muss innerhalb von zwei Wochen 104.000 Euro zahlen, dann wird das Gerichtsverfahren gegen sie nicht fortgesetzt und sie gilt als unbescholten.

Hat Richter Michael Radastitsch vor knapp einer Stunde erklärt.

Die Staatsanwaltschaft hat sich gegen diese Diversion ausgesprochen und somit Berufung angekündigt.

Sie hat Glatz-Kremsner eine Falschaussage im Ibiza-Untersuchungsausschuss vorgeworfen und fünf Falschaussagen gegenüber der Staatsanwaltschaft.

Es ging vor allem um ihre Rolle im Hintergrund bei der Bestellung der drei Casinos Vorstände im Jahr 2019.

Glatz-Kremsner hat Fehler zugegeben und dass sie diese Rolle heruntergespielt und klein geredet habe.

Dafür übernimmt sie jetzt im Rahmen der Diversion Verantwortung, hat sich aber nicht explizit schuldig bekannt.

104.000 Euro, das sind laut dem Richter 160 Tagsätze, also so viel wie Glatz-Kremsner in knapp einem halben Jahr an Pensionen und Einkommen bezieht.

Eine Diversion kommt für Sebastian Kurz, der hat seit nicht in Frage sein Anwalt hat

einen Freispruch beantragt vom Vorwurf der Falschaussagen im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Kurz spricht heute früh vor Verhandlungsbeginn von einem fragwürdigen Zusammenspiel von Oppositionsabgeordneten und Staatsanwaltschafts.

Es waren die Abgeordneten im Urschuss, die mich nicht nur befragt haben, sondern danach auch Anzeige erstattet haben und es war die Wecke, als die ADI ein Strafverfahren eingeleitet hat.

Meiner Meinung nach mit dem Ansatz jeder meiner Aussagen, immer wenn es die Möglichkeit gab, sie in zwei Richtungen zu interpretieren, in die für mich nachteilige Richtung zu interpretieren. Ein Staatsanwalt hingegen hat im Eingangsplädoyer gemeint, Kurz habe im Ibiza-Untersuchungsausschuss

nicht nur seine Rolle bei Postenbesetzungen in der Staatsholdingöbacht heruntergespielt, sondern jegliche eigene Rolle gelehnt, die Allgemeinheit sei angelogen worden. Prozessfahrtsetzung folgt am Freitag nur mehr gegen Kurz und seinen Ex-Kabinettschef Bernhard Bonelli.

Weiter ins Parlament geht's, wo Finanzminister Magnus Brunner von der ÖVP dem Nationalrat am Vormittag das Budget für das Jahr 2024 vorgelegt hat.

Und es gibt kaum einen Bereich, der Einbußen zu verzeichnen hat.

Unter dem Strich steht ein Minus von knapp 21 Milliarden Euro, das entspricht einem Defizit von 2,7 Prozent des BIP.

Damit fällt es deutlich schlechter aus, als im Frühjahr erwartet worden war, ist aber maßstrichtkonform.

Felix Nowak.

Immer wieder verweist Finanzminister Magnus Brunner von der ÖVP auf den Hausverstand. Sein Budget versteht er als Verbindung von wirtschaftlichen, sozialen und Umweltinteressen. Alle drei seien keine Widersprüche.

Das sagt uns der Hausverstand, dass es keinen wirtschaftlichen Erfolg ohne soziale Sicherheit und ohne gute Arbeitsbedingungen gibt.

Das sagt uns übrigens auch der Hausverstand, dass wir unseren Lebensraum und damit unsere Lebensgrundlage schützen müssen.

Wobei die Ausgangssituation für Brunner nicht allzu rosig ist, die sich eintrübende Weltwirtschaft habe Auswirkungen auf das Exportland Österreich.

Diese allgemeine Schwäche der Weltwirtschaft, die globale Rekordinflation, die steigenden Zinsen, Energieversorgung, die in einer gewissen Bedrängnissituation auch kommt, Sicherheitsrisiken,

die wir überall sehen und nicht zuletzt auch die demografische Entwicklung sorgen dafür, dass wir uns anstrengen müssen.

Nicht alle Ideen könnten finanziert werden, sagt Brunner, viel mehr Geldte es gezielt

Wir entlasten die Menschen, wir investieren in die Kinderbetreuung.

Zweitens, wir stärken unseren Standort und insbesondere stärken wir die Schlüsseltechnologien, die ganz entscheidend sind für unseren Standort.

Drittens, wir geben Chancen und wir investieren in das Wissen.

Und viertens, wir schützen unsere Klima immer mit Hausverstand.

Und fünftens, wir bleiben krisenfest und rüsten auch unsere Sicherheit entsprechend auf.

Belastet wird das Budget auch durch bisherige Regierungsmaßnahmen von Antiteuerungspaketen

bis zur weitgehenden Abschaffung der kalten Progression.

Das alles hat seinen Preis, das Defizit fällt mit 2,7% höher aus als ursprünglich erwartet.

Die Maastricht-Kränze von 3% werde aber erfüllt, so der Finanzminister.

Erstmals übrigens nach Jahren der Krise und auch in den kommenden Jahren bis 2027.

Kein Applaus kommt heute von der Opposition.

Die SPÖ betont, sie hätte ein deutlich besseres Budget vorliegen können.

FPÖ und NEOS ziehen durch den Haushaltsentwurf die Zukunft Österreichs gefährdet.

Ausführlicher zu Wort kommen die anderen Parteien morgen bei der Budgetdebatte.

Kritik der Opposition am Budget des Finanzministers, wie vor Budgetexpertin Margit Schratzenstaller,

bewertet den Budgetvorschlag durchwegs positiv.

Man habe die richtigen Schwerpunkte gesetzt, es sei auch die Neuverschuldung durchaus zu rechtfertigen.

Angesichts der hohen Inflation und einer Rezession.

Dennoch müsste die Regierung dringend Reformen angehen, sagt die WIFO-Expertin.

Es gibt eine ganze Reihe von Effizienzdefiziten im öffentlichen Sektor.

Das ist zum einen das Pensionssystem, wo man zumindest schauen muss,

dass man das effektive Pensionsantrittsalter anhebt.

Wir haben aber auch Effizienzprobleme im gesamten Fördersystem.

Ich glaube, wir brauchen eine Neuausrichtung des gesamten Förderwesens.

Wir brauchen eine Beseitigung von Doppelgleisigkeiten zwischen Bund, Länder und Gemeinden bei den Förderungen.

Wir brauchen aber auch unbedingt einen Abbau der klimaschädlichen Subventionen, die für sich genommen schon, wenn man sie gesämtlich abbauen würde,

zwischen 4 und knapp 6 Milliarden Euro ausmachen.

Und ich glaube auch, dass es wichtig ist, weitere Reformbereiche jetzt unbedingt ganz dringend anzugehen.

Das ist die Schulverwaltung, die Bildungsverwaltung, aber auch das Gesundheitssystem.

Das ist ja auch ein großer Kostentreiber.

Sagt Margit Schratzenstaller im Ö1-Mittagsschonal

und jetzt noch zu einem Punkt, den das vorgelegte Budget vorsieht.

Junge Menschen sollen bis zum 18. Geburtstag das österreichweit gültige Klimaticket erhalten.

Berina Broha mit den Einzelheiten.

Wer im Jahr 2024, 18 Jahre alt wird, der hat Anspruch auf das Gratis-Klimaticket, das ein Jahr gültig ist.

Der Start ist drei Jahre lang frei wählbar.

Verkehrsministerin Leonore Gewessler von den Grünen will damit langfristig mehr Menschen vom Klimaticket überzeugen.

In einer Zeit, in der die Schülerinnenfreifahrt ausläuft,

wo die Lehrlingsfreifahrt nicht mehr greift, ermöglichen wir es mit dem Gratis-Klimaticket, den öffentlichen Verkehr zu erleben, sich für den öffentlichen Verkehr zu begeistern.

Und ich bin überzeugt davon, wenn man das einmal ein Jahr gemacht hat,

dann bleibt man auch dabei und genau darum geht,

weil jeder Kilometer im öffentlichen Verkehr ist ein Kilometer für den Klimaschutz.

Kosten 480 Millionen Euro.

Der VCE begrüßt das Gratis-Klimaticket genauso wie die Bundesjugendvertretung.

Weniger begeistert zeigt sich die junge Generation in der SPÖ.

Sie fordert von der Regierung echte Entlastung für junge Menschen statt Symbolpolitik und PR-Gags.

Und um das Budget, die Staatsfinanzen und die Wirtschaftslage, geht es heute auch in der Journal-Panorama-Mitwochrunde gleich nach dem Abendjournal.

Und damit jetzt zur Teuerung in Österreich.

Bei der Schnellschätzung vor zwei Wochen hat es sich bereits abgezeichnet.

Nun liegt die September-Inflation auf dem Tisch und sie liegt mit 6 Prozent ein ganzes Stück weit niedriger als im August.

Da waren es noch 7,5 Prozent.

Hauptgrund für den Rückgang sind die niedrigen Preise für Haushaltsenergie, berichtet Maria Kern.

Mit einer Inflationsrate von 6 Prozent ist Österreich immer noch weit vom Ziel der Europäischen Zentralbank entfernt.

Die EZB sieht ja 2 Prozent als ideal an.

Die 6 Prozent sind aber der niedrigste Wehrzeitausbruch des Ukrainekriegs.

Den Rückgang der Inflation im September erklärt Josef Baumgartner vom WIFO so.

Die Hauptbereiche, die inflationstemmend waren, waren Energieprodukte, also neben dem Gas und Strom, auch Fernwärme und Bellets.

Überdurchschnittlich gestiegen sind dagegen die Preise in Hotellerie und Gastronomie.

Und auch die Mieten sind deutlich angehoben worden.

Die Gesamtinflation sollte in den kommenden Monaten eigentlich weiter zurückgehen.

Ob das aber tatsächlich der Fall sein wird,

hängt laut Baumgartner von den Entwicklungen in Israel ab.

Neben den Metallern verhandelt aktuell auch die Sozialwirtschaft über die Kollektivverträge.

Es geht um die Löhne und Gehälter für rund 130.000 Beschäftigte.

Die erste Runde ist gestern ergebnislos beendet worden,

bei einer Forderung von plus 15 Prozent und einem Angebot von 8,8 Prozent.

Heute versucht die Arbeitgeberseite einige Argumente der Gewerkschaft zu entkräften.

Hannah Sommersacher.

Die Sozialwirtschaft ist eine Branche mit großem Wachstum.

Mels 8 Milliarden Euro werden hier umgesetzt,

sagt Walter Marschitz vom Dachverband Sozialwirtschaft Österreich.

Auch die Zahl der Beschäftigten steige.

Wir haben zwischen 2008 und 2022

insgesamt in Österreich einen Beschäftigungszuwachs von 15 Prozent gehabt.

Marschitz betont zudem, dass Beschäftigte in der Sozialwirtschaft gut bezahlt sein.

Man werde heuer einen Mindestlohn von 2000 Euro erreichen.

Eva Scherz, Chefverhandlerin der Gewerkschaft wendet ein.

Wie Sie wissen, brauchen wir bis 2030 circa 75.000 neue Kolleginnen in unserem Bereich.

Und da hilft es nicht, wenn man die Branche schön redet,

sondern da braucht es wirklich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ein besseres Gehalt.

Kolleginnen, die nachrücken, würden auf nur Teilzeit arbeiten.  
Für die unterschiedlichen Berufsgruppen braucht es eine faire Lohn- und Gehaltserhöhung.  
Eine erste Spur gibt es nach der Serie an Messer ertaken auf Obdachlose in Wien,  
bei der zwei Menschen getötet und eine Person schwer verletzt wurde.  
Heute hat die Wiener Polizei dazu ein Video veröffentlicht,  
das einen Mann am dritten Tatort zeigt.  
Es ist aber noch nicht klar, ob die sein Zeuge verdächtiger oder eine unbeteiligte Person ist.  
Petra Jeschek.

Aufgrund der räumlichen und zeitlichen Nähe zum dritten Tatort am Herr Nalser-Gürtel  
ist diese Person von besonderem polizeilichen Interesse,  
sagt Pressesprecher Matthias Schuster.

Das bedeutet, dass aufgrund der möglichen Wahrnehmung dieses Mannes  
die gewonnenen Erkenntnisse für die Ermittler von großer Wichtigkeit sind.  
Daher der Appell der Polizei.

Wir suchen um Mithilfe, gezielt an diesen Mann, aber auch gezielternde Bevölkerung,  
ob jemanden die assistliche Person bekannt ist.

Wer die Person auf dem Video kennt oder an den Tatortensacht  
dientliche Wahrnehmungen gemacht habe, soll sich melden.

Oder auch, wenn jemand gehört hat, dass eine Person mit einschlägigen Täterwissen darüber  
geredet hat.

Hinweise an das Landeskriminalamt Wien werden streng vertraulich behandelt.

Der Verein der Freunde der Wiener Polizei hat 10.000 Euro Belohnung ausgesetzt  
für Hinweise, die zum Täter führen.

Und das Video der Polizei ist unter [win.urf.at](http://win.urf.at) abrufbar.

Die Tageszeitung der Standard hat einen neuen Schäftredakteur gefunden.

Gerald Riedmann, der diese Funktion derzeit bei den Vorarlberger Nachrichten ausübt,  
wird die Zeitung ab 1. April 2024 redaktionell führen.

Er folgt auf Martin Kortinek, von dem sich die Zeitung vor zwei Wochen getrennt hat.

Dem Vernehmen nach werden beim Standard wie zuvor schon bei anderen Tageszeitungen  
Sparmaßnahmen gesetzt, die der angespannten Lage auf dem Medienmarkt geschuldet sind.  
Stefan Kappacher.

Der 46-jährige Gerald Riedmann ist nicht nur Schäftredakteur, sondern auch Geschäftsführer  
von Russen-Media, eine in Österreich verbreitete Doppelrolle, die nicht unumstritten ist.

Beim wirtschaftlich vor Herausforderungen stehenden Standard sind Riedmanns Fähigkeiten als  
Medienmanager, vor allem im digitalen Bereich, aber mindestens so gefragt wie sein  
journalistisches

Können.

Antreten wird Riedmann erst in einem halben Jahr, bis dahin dürften noch einige Sparmaßnahmen  
in der Redaktion umgesetzt werden, wie man hört.

Man sei mitten in den Budgetverhandlungen und könne dazu nichts sagen, heißt es von  
Seiten der Geschäftsführung.

Algen Russ, dem die Vorarlberger Nachrichten gehören, hat in Nachfolge familiär geregelt.

Die 32-jährige Tochter Isabel Russ, derzeit Profil-Online-Chefin, wird jetzt seine neue  
Chefredakteurin.

Weiter ins Nachrichtenstudio jetzt zu Tom Brandenberger.

Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel haben das Leben eines weiteren österreichisch-israelischen Doppelstaatsbürgers gefordert.

Das hat das Außenministerium in Wien vor kurzem bekannt gegeben.

Es handelt sich dabei demnach um einen der beiden Männer, die seit letzter Woche vermisst werden.

Von dem anderen fehlt weiter jede Spur.

Insgesamt sind damit bereits vier österreichisch-israelische Staatsbürger, Opfer der Hamas-Angriffe geworden.

Die Euro-Währungshüter treiben ihre Arbeiten an einem digitalen Euro als Ergänzung zum Bargeld weiter voran.

Die Europäische Zentralbank hat heute beschlossen, dass am 1.

November eine zweijährige Vorbereitungsphase beginnt.

Dabei soll das Regelwerk für den digitalen Euro fertiggestellt und Anbieter ausgewählt werden, die eine Plattform und die Infrastruktur entwickeln könnten.

Danach will der EZB-Rat entscheiden, ob der digitale Euro auch tatsächlich eingeführt wird.

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thymberg ist von der Polizei in London wegen Störung der öffentlichen Ordnung angeklagt worden.

Die 20-jährige war am Vortag verübergehend festgenommen worden, als sie und andere Klimaaktivisten

sich während eines Protests geweigert hatten, Auflagen der Polizei zu befolgen.

Thymberg soll am 15.

November vor Gericht erscheinen, bis dahin bleibt sie auf reim Fuß.

Nach der Serie von Erdbeben in Afghanistan sind 10.000 Menschen in der Provinz Herat auf Hilfe angewiesen.

Nach Angaben des UNO-Welternährungsprogramms werden für die Versorgung von rund 100.000 Menschen umgerechnet etwa 18 Millionen Euro benötigt, die bisherigen Spendenaufrufe seien bisher aber nur zu einem kleinen Teil gedeckt worden.

Bei den Erdbeben seit Anfang Oktober sind laut UNO etwa 1400 Menschen getötet und tausend weitere verletzt worden, tausende Häuser wurden zerstört.

Und das Wetter morgen im Süden zunehmend trüb und etwas regen, sonst teilweise rechtssonneck, aber auch einige Wolken und Nebelfelder, es wird teils kräftiger, vöniger Südwind und die Höchsttemperaturen liegen meist bei 14 bis 22 Grad.

Und mit diesen Aussichten dürfen wir uns von Ihnen verabschieden, Ihr Journalteam Harald Landgraf, Paul Schiefer und Christine Tönigke, Frankenberger.

Sag Danke für Ihr Interesse, am Wort ist Volker Obermeier.